

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Für eine moderne, interkulturelle Verwaltung in Bremen

Vielfalt ist die Normalität in der modernen Gesellschaft, auch in Bremen. Die bremische Bevölkerung besteht aus Menschen unterschiedlichster Herkunft und mit unterschiedlichsten Eigenschaften und Voraussetzungen. Ebenso vielfältig sollten daher die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bremischen Behörden, Eigenbetriebe, Gesellschaften und Einrichtungen sein, da sie sich um die Anliegen der Menschen kümmern, die in Bremen leben, arbeiten und wirtschaftlich tätig sind. Gute, moderne Verwaltung in diesem Zusammenhang heißt, dass der öffentliche Dienst integrationspolitisch eine Vorreiterrolle einnimmt und mit seiner Einstellungs- und Förderungspraxis der interkulturellen Vielfalt in der Gesellschaft Rechnung trägt. Das heißt, dass alle Menschen Chancengleichheit und Barrierefreiheit genießen sollen – unabhängig von Migrationshintergrund oder sozialer Herkunft, Geschlecht oder sexueller Identität, Religion oder Weltanschauung, Alter oder Behinderung. Damit dokumentiert der öffentliche Dienst die prinzipielle Wertschätzung der Unterschiedlichkeit der Menschen und den Willen zur Ausschöpfung *aller* Potenziale.

Bremen ist ein weltoffenes und wirtschaftlich wie wissenschaftlich global agierendes, aber auch sozial handelndes Bundesland. Die damit verbundenen Potenziale zu nutzen und auszubauen ist wesentlich für die erfolgreiche Gestaltung der künftigen Entwicklung Bremens. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Land Bremen sollten das notwendige Wissen und die Fähigkeiten erlangen, sich der Anliegen aller in Bremen lebenden Menschen anzunehmen, gleich ob sie unternehmerisch agieren oder wissenschaftlich arbeiten, abhängig Beschäftigte oder erwerbslos sind, in Schule, Ausbildung oder Beruf stehen, und unabhängig davon, ob sie in Deutschland geboren sind oder ihre familiären Wurzeln in einem anderen Land liegen.

Der Senat hat in dieser Legislaturperiode – z. B. durch die Kampagne „Du bist der Schlüssel“ – bereits konkrete Maßnahmen ergriffen, um den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst im Land Bremen zu erhöhen. Er hat Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz im Rahmen des Projekts IKÖ angeboten, weitere Handlungsziele in der Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen formuliert sowie erst jüngst die Ausschreibungsrichtlinien dahingehend geändert, dass öffentliche Ausschreibungen zukünftig einen Hinweis enthalten, dass Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund ausdrücklich erwünscht sind bzw. begrüßt werden. Jetzt geht es darum, diese Maßnahmen weiterzuentwickeln und Konzepte zu erarbeiten, um die interkulturelle Öffnung und Entwicklung der bremischen Verwaltung nachhaltig voranzutreiben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen,

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. ein Konzept zu entwickeln,
 - a. wie künftig mehr Menschen mit Migrationshintergrund ermutigt werden können, sich im öffentlichen Dienst sowohl um Ausbildungsplätze als auch um Stellen, die bereits eine berufliche Qualifikation voraussetzen, zu bewerben,

- b. und das sicherstellt, dass ihre Bewerbungen in den Auswahlverfahren auch angemessene Berücksichtigung finden;
2. in diesem Zusammenhang zu prüfen, inwieweit es sinnvoll und möglich ist, in bestimmten Bereichen einen Stellenanteil für bilinguale Bewerberinnen und Bewerber vorzuhalten bzw. Mehrsprachigkeit und Erfahrungen im Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft bei den Auswahlkriterien stärker zu berücksichtigen.
3. die Ausbildungs-Kampagne „ein Schlüssel für Bremen“ dahingehend zu evaluieren und darüber zu berichten,
 - a. ob der Bewerbungsanteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund gestiegen ist,
 - b. ob sich der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund, die in den Jahren 2009 und 2010 eingestellt wurden, erhöht hat,
 - c. und inwieweit es möglich war, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund an der Gesamtzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst differenziert und bei Wahrung der Rechte der Beschäftigten zu erfassen,
4. interkulturelle Bildung zum integralen Bestandteil von Aus- und Fortbildungen des öffentlichen Dienstes im Lande Bremen zu machen und auf den Abschluss von Dienstvereinbarungen zur Anerkennung und Förderung kultureller Vielfalt hinzuwirken,
5. Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, Erscheinungen von Rassismus und struktureller Diskriminierung in der Verwaltung zu erkennen und zu ihrer Vermeidung bzw. Beseitigung beizutragen,
6. im Zusammenwirken mit den Dienststellen, Eigenbetrieben, Gesellschaften, Einrichtungen und dem Rat für Integration Zielvereinbarungen für einen voranschreitenden Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung zu formulieren und abzuschließen sowie
7. der Bürgerschaft (Landtag) in sechs Monaten über die ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

Emin Sükrü Senkal, Birgit Busch, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Horst Frehe, Dr. Matthias Güldner und
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN